

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1298

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden.
Konten der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, H.-O., Dresden,
Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen in der Redaktion ist es durch oder durch einen Briefkastenbesitzer, der bei der Redaktion der Dresdner Volkszeitung seinen Wohnort auf Rückmeldung des Postamtes oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abendpreis einschließlich Frachtkosten mit der nächsten Unter-
nachtsabgabe, 20 Pf., überständig 1,30 RM., Einzelnummer 10 Pf.,
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Bertholdstr. 10, Dresden, Nr. 2521. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstelle: Bertholdstr. 10, Dresden, Nr. 2521 und 1277.
Verlagszeit von 12 bis 1 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abendpreis. Grundpreis: die 30 mm breite Monatszei-
tung 20 Pf., die 50 mm breite Monatszeiung 2,50 RM., für auswärts
Anzeigen 40 Pf., und 250 Pf., Familienanzeigen, Stellen- und Ver-
mittlung 40 Pf., Rabatt für Vereinsleistungen 10 Pf.

Nr. 136

Dresden, Mittwoch den 13. Juni 1928

39. Jahrg.

Müllers Klärungsversuche

Die Volkspartei will in die Preußenregierung

SPD. Der mit der Regierungsbildung beauftragte Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, hat nach am Dienstag vormittag die Verhandlungen mit den Vertretern der bürgerlichen Mittelparteien zur Klärung der politischen Lage aufgenommen. Die Erörterungen sind am ersten Tage nicht über eine lose Aushandlung hinausgekommen. Ein Teil der Fraktionen ist erst am Dienstag zu Beratungen zusammengetreten; die Mehrheit der Fraktionen wird überhaupt erst am Mittwoch tagen. Die Fraktionsführer der Mittelparteien konnten unter diesen Umständen über die Haltung ihrer Parteien endgültige Meinungsäußerungen nicht machen.

Von den bürgerlichen Mittelparteien tagte am Dienstag lediglich die Zentrumsfraktion. Sie befaßte sich u. a. mit gewissen Voraussetzungen, unter denen sie bereit ist, sich an dem unter Führung von Hermann Müller stehenden Kabinett zu beteiligen. Nachmittags begannen dann unter Vorsitz von Hermann Müller Verhandlungen zwischen Delegierten der Zentrum- und der sozialdemokratischen Fraktion. Als Unterhändler entsandte die Sozialdemokratie die Abgeordneten Wels, Breitscheid, Völsch, Keil und Grasmann. Das Zentrum war vertreten durch die Abgeordneten v. Guericke, Stegerwald, Dr. Birch, Effer und Perstins.

Die anderen für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien legen ebenfalls entscheidenden Wert auf die Klärung der sachlichen Grundlagen des Regierungsprogramms. Bestimmte Formulierungen sind bis Dienstagabend jedoch noch nicht bekanntgemacht. Immerhin verläutet, daß die Deutsche Volkspartei u. a. die Beteiligung an einer Regierung im Reich von der Einbeziehung der Volkspartei in das preussische Kabinett abhängig zu machen gedenkt. Wie die preussischen Koalitionsparteien darüber denken, ist dieser Tage erst im Landtag festzustellen. Andererseits ist wieder die Deutsche Volkspartei nach dem Zentrum vorläufig bereit, die Große Koalition z. B. in Württemberg herzustellen. In der volksparteilichen Forderung liegt deshalb ein sehr großes Hindernis für die Bildung einer Regierung auf breiter Basis. Das gleiche gilt von den Sicherungen föderalistischer Art, wie sie von der Bayerischen Volkspartei verlangt werden sollen. Man wünscht hier offenbar Schranken gegen die weitere Entwicklung zum Einheitsstaat und gegen eine vernünftige Regelung des Finanz- ausgleichs aufzurichten.

Es ist jedenfalls vorläufig nicht damit zu rechnen, daß die Verhandlungen schnell vor sich gehen. Die Sozialdemokratie hat ihre Auffassung zur Regierungsbildung nicht

in programmatischen Formulierungen festgelegt. Es kann trotzdem kein Zweifel darüber bestehen, daß sie die Führung in dem neuen Kabinett nur übernehmen und sich an einer Regierung überhaupt nur beteiligen wird, wenn die bürgerlichen Parteien Reue zeigen, dem Wahlergebnis vom 20. Mai Rechnung zu tragen und entschlossen sind, künftig eine andere Politik zu treiben, als sie der Rechtsblock im alten Reichstag vertreten hat. Die Frage, ob diese Voraussetzungen sachlicher Art zu erhalten sind, wird im weiteren Verlauf der Verhandlungen zu klären sein.

Im Verlauf seiner Verhandlungen hat der Abg. Hermann Müller am Dienstag außer den Führern der Mittelparteien auch den Wirtschaftsparteiler Dremwig empfangen. Dieser Empfang berechtigt keineswegs zu sachlichen Schlussfolgerungen. Die in der Presse zum Ausdruck gekommene grundsätzliche Bereitschaft der Wirtschaftspartei, sich an einer Regierung zu beteiligen, in der u. a. auch die Sozialdemokratie vertreten ist, hat lediglich faktische Bedeutung. Die Forderungen der Wirtschaftspartei dürften in jedem Fall so ungenügend sein, daß durch sie jede Beteiligung an einer Regierung von vornherein ausgeschlossen wird.

Vor der Wahl des Präsidiums

SPD. Am Dienstag nachmittag trafen die Führer der Reichstagsfraktionen zur Vorbereitung der ersten Reichstagsitzung zusammen. Von sozialdemokratischer Seite wurde mitgeteilt, daß die Sozialdemokratie selbstverständlich den bisherigen Präsidenten Löbe für das Präsidium wieder in Vorschlag bringen würde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung teilten die sozialdemokratischen Vertreter ihre Auffassung über die Voraussetzungen zur Wahl des Präsidiums mit. Alle Fraktionen, die einen Vizepräsidenten vorschlagen, müssen die Erklärung abgeben, daß sie die Geschäftsordnung als maßgebend für die Geschäftsführung anerkennen. Das Zentrum und die Deutschnationalen gaben eine entsprechende Erklärung ab, während sich die Kommunisten als vierthöchste Fraktion des Reichstages eine Antwort vorbehalten.

Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten sich schließlich bereit, nach der Konstituierung des Reichstages für den kommunalistischen Antrag auf sofortige Deklaration des Abg. Kappeler zu stimmen und für die debattierlose Heberweisung des zweiten kommunalistischen Antrages an den Reichsausschuß einzutreten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird selbstverständlich einen deutschnationalen Vizepräsidenten ebenfalls nur dann wählen, wenn die Deutschnationalen für Löbe stimmen.

Amerikanische Kandidatenaufstellung

Hoover, Präsidentschaftskandidat der Republikaner

Die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten von Amerika ist das entscheidende Ereignis der Parteien um die Macht. Solange die Sozialisten nur einen ganz bescheidenen Einfluß haben, spielt sich der Machtkampf in der Hauptsache zwischen den beiden bürgerlichen Parteien ab: Republikanern und Demokraten. In ihrem Wesen sind diese beiden Parteien kaum verschieden, nur daß die jetzt durch Coolidge regierenden Republikaner noch großkapitalistischer sind als die Demokraten, das ist wohl hervorzuheben. In ihren politischen Programmen findet man nur die allgemeinen demokratischen und republikanischen Forderungen, die sich kaum unterscheiden. Ihre „Plattformen“ für die Wahl werden von beiden Parteien so vorfälschlich und halbunselbstständig, daß sie jedem Wähler scheinbar etwas bieten. Die Anlockung aller ist die Hauptfrage. Deshalb wird Stabilität und Gewissenhaftigkeit vernachlässigt.



Handelsminister Hoover

Präsident Coolidge hat endgültig abgelehnt, diesmal wieder zu kandidieren, so daß die Republikaner einen neuen Kandidaten suchen mußten. Er war nicht schwer zu finden, denn alle maßgebenden Parteiführer konzentrierten sich auf den Handelsminister Hoover. Die noch wiederkehrenden Elemente werden auf dem großen Parteikonvent

der in Kansas zusammenzutreffen beauftragt werden, so daß die Republikaner einen jugkräftigen und robusten Kandidaten haben werden.

U. New York, 13. Juni. (Eig. Funkpruch.) Der republikanische Parteikonvent, der am Dienstag nachmittags um 5 Uhr mittelenuropäischer Zeit in Kansas zusammentrat, kam überein, als Nachfolger des Präsidenten Coolidge den insbesondere durch seine Tätigkeit während des Krieges bekanntgewordenen Ernährungsdiktator Hoover kandidieren zu lassen. Für die Vizepräsidentschaft ist nach wie vor der bisherige Vizepräsident Dawes in Front.

Die Demokraten haben ihren Konvent erst nächster Tage. Sie werden den New Yorker Gouverneur Al. Smith wahrscheinlich als Präsidentschaftskandidaten aufstellen, der freilich zwei Schönheitsfehler hat: er ist Katholik und entschiedener Gegner des Alkoholverbots. Dadurch werden die Evangelischen kopschick und die Abstinenzanten bedenklich. Smiths Kandidatur ist deshalb noch etwas unsicher. Aber die Demokraten haben auch keine Hoffnung, die Republikaner zu schlagen, denn die Coolidge-Hoover-Partei hat den Regierungseinfluß, den größten Geldsack und die bestfunktionierende Wahlorganisation.

Die Wahl selbst ist erst im November.

Keine Spaltung der Arbeiterpartei

D. Berlin, 13. Juni. (Eig. Funkpruch.) Ein Berliner demokratisches Blatt hat am Dienstag die Klärung verbreitet, daß innerhalb der englischen Arbeiterpartei eine Spaltung bevorstehe. Nicht ist, daß in Birmingham einige Mitglieder der Arbeiterpartei, die sich dem Reichstag der Arbeiterpartei über den Ausschluß von Kommunisten nicht geäußert haben, ausgeschlossen worden sind. Von einer Spaltung der Partei kann jedoch keineswegs die Rede sein. Wie uns aus London gemeldet wird, ist die Arbeiterpartei niemals so stark und einig gewesen wie heute.

Die Auflösung der NSD.

Herr Niefisch verläßt das sinkende Schiff

Kurz nach ihrer vernichtenden Wahlniederlage vom 20. Mai wartete die NSD. auf mit bombastischen Erklärungen und Aufrufen „an ihre Anhänger“. Es geht weiter, es geht vorwärts! Die Eingeweihten wußten Bescheid. Sie wußten, daß führende Leute die Reihen der Altsozialisten bereits verlassen hatten, daß die wenigen Mitglieder kaum noch zu halten sind, daß die wenigen Abkommen schwinden — so weit es hier noch etwas zu schwinden gibt. Jetzt kommt die erste für die Öffentlichkeit sichtbare Wirkung des Volksgerichts vom 20. Mai: Herr Niefisch verläßt das sinkende Schiff. Weinabte hätten wir gesagt: die alte Niefisch, aber man würde uns diese Abwendung des Bildes als Verschlimpfung auslegen. Geben wir also wieder, was der Dresdner Anzeiger meldet:

Wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz erfährt, hat die Wahlniederlage, die die Altsozialistische Partei am 20. Mai erlitten hat, dazu geführt, daß man dem Hauptgeschäftsführer des altsozialistischen Organs Niefisch einen gewissen Richtungswechsel zumutete. Niefisch hat das abgelehnt und sein Amt zur Verfügung gestellt. Er wird binnen kurzem nach Berlin überfahen.

Blühers Organ überschreibt die traurige Nachricht: Richtungswechsel der Altsozialisten? Aber welche Richtung soll denn eigentlich gewechselt werden? Die etwa, die Herr Niefisch dem altsozialistischen Gruppen ab? Es war ja die einzige Richtung, die man da drüben überhaupt hatte. Die einzige, mit der man sich von der Sozialdemokratie unterschied: die Richtung zum Nationalsozialismus. Der Redakteur des „altsozialistischen“ Blättchens hat auf dieser Grundlage das jetzige Programm ausgearbeitet, und es wurde auf der Landesversammlung von den Selbst. Auf und ihren Männern mit Haut und Haar geschickt. Niefisch hat es mehrfach ausgelegt und erklärt, er habe nationalsozialistische Konsequenzen daraus abgeleitet. Niemand da drüben hat öffentlich widersprochen. Im Gegenteil: die Sud. Feldt, Böhle, Frau Eva Wittner beteten seine nationalsozialistischen Absichten mehr oder weniger getreu nach und unterstützten das nationalsozialistische Loben gegen die Erfüllungspolitik eines Stresemann. In welcher Richtung also will man wechseln, ohne daß sich Niefisch' Trabanten bis auf die Knochen lächerlich machen und blamieren? Will man außenpolitisch zurück zur Erfüllungspolitik, weg vom Nationalsozialismus? Das unterstreicht dann die neueste NSD.-Richtung noch von der Sozialdemokratie? Das Bekenntnis zu unverrückbaren politischen Grundfragen, auf die wir Wert legen! Oder etwa die Koalitionspolitik? Es gibt in der Sozialdemokratie keine grundsätzlichen Gegner der Koalitionspolitik. Der Unterschied wäre auch hier nur die unmögliche nationalliberale Loyalität der NSD.-Führer und die Kleinbürgerliche Knochen- erweichung ihrer „Koalitionspolitik“.

Ob man also Herrn Niefisch jetzt ausbootet oder nicht, ob man einen Richtungswechsel ankündigt oder wirklich durchführt — die Deffektivität ist nicht mehr darüber hinwegzulaufen, daß mit dem 20. Mai die rasche Auflösung der NSD. eingeleitet hat. Und je eher die Herrschaften von der politischen Bildfläche verschwinden, desto trauglicher für ihre bourgeoisien Ökonomie, desto besser für die freibeitliche, organisierte Arbeiterschaft. Denn diese Selbst und Gelder haben in den letzten vier Jahren getan, was in ihrer Macht stand, um der Arbeiterbewegung Knäuel zwischen die Beine zu werfen. Hätten sie bei der Reichstagswahl einigermaßen glimpflich abgeköpft, dann wäre heute Herr Niefisch oben auf wie der Kork auf dem Wasser. Von anderen Erfolgen, von der Frage, wie sie sich in ihren Ämtern und Positionen halten, hängt ihre Politik ab, seitdem der Spektakel der Dreimundzwanzig begann.

Langsam, aber sicher erkannten alle, denen Demokratie und Parlamentarismus nicht gerade Spielzeuge für ehrgeizige, selbstgütige Neugaten sind, die politische Unzulänglichkeit dieser Götze. Das Reichsbanner gab ihnen den verdienten Tritt, die Gewerkschaften rühten mit hörbarem Aufschrei, die demokratische Presse bekrenzte sich vor der Fäulerei, die sich hier unter demokratischem Mäntelchen etablierte, und selbst die volksparteilichen Männer sehen heute, daß hier nichts mehr zu ernten ist als Wagnisse. Der Dresdner Anzeiger und verwandte reaktionäre Organe verhielten sich Haupt. Der Lieblingsgründchen stirbt. Herr Niefisch geht, und niemals kehrt er wieder, und auf dem höchsten sächsischen Beamtenstuhl sitzt lächerlich ein eintames Würstel.

So, die politische Vergeltung arbeitet manchmal sehr schnell, und man weiß nur nicht, was man in diesem Falle mehr bestimmen soll: die politische Reaktivität der Bürgerlichen, die da glaubten, auf so etwas könne man für die Dauer nationalliberale Regierungen bauen, oder die elephantenhafte Unempfindlichkeit von Leuten, die sich oh gütelohete Ver- treuensämter klammern, ohne daß ihnen irgend jemand Vertrauen entgegenbringt. Es ist ein Ende in Schmach und Schande.

„Ein Höchstmaß von Unerbarmlichkeit“

Wir lesen in der unabhängigen Berliner Zeitschrift Das Tagesbuch: Keine Partei hat bei der Reichstagswahl trauriger ab- geschneit als die sogenannten Altsozialisten, die mit un- gekannt 6-87 Stimmen fast am Ende aller Splitterparteien tar-